

## **Gemeinsamer Redebeitrag : Franziska Schneider, Bezirksbeauftragte für Menschen mit Behinderung; Sebastian Klee, Vorstand des bezirklichen Beirates von und für Menschen mit Behinderung; Uli Seiler, Beirat von und für Menschen mit Behinderung**

### **Frau Schneider:**

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

**ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Gollnow, für die Einladung, anlässlich der Eröffnung Ihrer Ausstellung „töten aus Überzeugung“ als Bezirksbeauftragte für Menschen mit Behinderung einige Worte an Sie alle zu richten.**

**Gemeinsam haben Sie, Herr Gollnow, und ich uns entschlossen, die Opfergruppe der in der Ausstellung dargestellten T4-Mordaktion, Menschen mit Behinderung, in den Mittelpunkt der heutigen Veranstaltung zu stellen.**

**Mein Redebeitrag – oder unser Redebeitrag – ist darum ein**

**Gemeinschaftsprodukt von Herrn Sebastian Klee, Vorstand des Beirates von und für Menschen mit Behinderung, von Herrn Uli Seiler, Mitglied des Beirates von und für Menschen mit Behinderung und von mir.**

**Deshalb übergebe ich nun das Wort an Herrn Klee.**

### **Herr Klee:**

**Diese Ausstellung befasst sich mit einem dunklen und grausamen Kapitel der Geschichte. Dieser Teil unserer Geschichte darf nicht in Vergessenheit geraten, da die Zeitzeugen, die diese schreckliche Zeit überlebt haben, leider immer weniger werden und es somit nur noch wenige Menschen gibt, die uns über die Zeit zwischen 1933-1945 berichten können.**

**Genau aus diesem Grund finde ich es richtig und ausgesprochen wichtig, dass es diese Ausstellung gibt.**

**Wir haben nun in den vorangegangenen Reden schon viel von den Gräueltaten im Nationalsozialismus gegenüber Menschen mit Behinderung gehört.**

**Wir Menschen mit Behinderung hätten vor 70 Jahren größtenteils zu der damaligen Opfergruppe gehört. Viele von uns wären – staatlich organisiert – interniert, ausgesondert, zwangssterilisiert, oder umgebracht worden.**

**Es kann auch heute noch vorkommen, dass einige von uns solch einen Spruch auf der Straße zugerufen bekommen, z.B.: „zu Adolfs Zeiten hätte es so was nicht gegeben“. Aus meiner Erfahrung sind das glücklicherweise aber nur Ausnahmen!**

**Heute organisieren wir uns bewusst als Menschen mit Behinderung, um uns politisch einzumischen, um uns für unsere Rechte als gleichberechtigte Menschen, als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger einzusetzen**

Vielen von uns fällt es nicht immer leicht, das Leben mit einer Einschränkung, einer Behinderung, sei sie körperlich, geistig oder psychisch, zu organisieren. Die Bewältigung des privaten und beruflichen Alltags und der dafür notwendigen Mobilität ist für behinderte Menschen meist sehr viel komplizierter und anstrengender als für Menschen ohne Behinderung. Zum Beispiel sind die Orte, an denen politische Veranstaltungen stattfinden, oft immer noch nicht barrierefrei und deshalb für uns gar nicht zu erreichen! Ich glaube, aber in einigen Fällen ist dies gar keine Absicht, sondern das Thema Barrierefreiheit wurde einfach nicht bedacht oder falsch umgesetzt! Trotzdem – oder gerade deswegen – sind viele von uns aktiv, und engagieren sich für unsere behindertenpolitischen Ziele und Inhalte.

Ich z.B. tue dies, um mit den Menschen, die keine Behinderung haben ins Gespräch zu kommen, weil ich möchte das Menschen mit und ohne Behinderung einfach ganz normal miteinander umgehen und leben können.

Dabei ist es mir wichtig, neben den vielen scheinbar kleineren oder pragmatischeren behindertenpolitischen Themen, die im Bezirk verhandelt werden, auch immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass es um die *Menschenwürde* behinderter Menschen geht, dass Menschenrechte auch für Menschen mit Behinderung gelten!

Die Euthanasie-Morde waren möglich, weil Menschen mit Behinderung diese Menschenwürde abgesprochen wurde. Sie waren einfach Abfall und haben es nicht verdient zu leben, so die politische Meinung und auch ein großer Teil der damaligen Bevölkerung glaubte daran!

Frau Schöttler hat in ihrer Rede darauf hingewiesen, dass behinderte und kranke Menschen das Bild, oder besser die Illusion eines „gesunden Volkskörpers“ störten. Sie wurden als Belastung gesehen, als Kostenfaktor!

Uns erschreckt es, wenn in heutigen aktuellen Diskussionen über die Pflege kranker Menschen oder über die Unterstützungsleistungen für behinderte Menschen, die von ihnen zwingend benötigt werden, um ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben zu führen, immer wieder auch diese Töne zu hören sind: „Menschenwürde gegen Kosten“.

Hier gilt es, wachsam zu sein. Wir begrüßen es, wenn auch nicht-behinderte Menschen in politischen oder gesellschaftlichen Positionen bei diesen

Diskussionen aufmerksam sind, und sich mit uns engagieren, damit Menschen mit Behinderung nie wieder Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden.

Wer die Vergangenheit nicht kennt kann die Zukunft nicht gestalten, in der sich so etwas Menschenverachtendes nicht wiederholen DARF!!!

*Ich danke Ihnen und übergebe nun an Herrn Uli Seiler:*

Herr Seiler

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte in meinem Redebeitrag Ihre Aufmerksamkeit auf folgenden Fakt legen: Die staatlich gelenkte Euthanasie an behinderten Menschen, die sogenannte "Aktion T4" kostete 70.000 Menschenleben und ging von April 1940, bis sie auf höchste Weisung, aufgrund zunehmender Proteste aus Bevölkerung und Kirche im August 1941 gestoppt wurde. Was eigentlich ein gutes Zeichen, der noch bestehenden Menschlichkeit in dieser furchtbaren Phase unserer deutschen Geschichte ist. Aber das Morden ging im verborgenen weiter, nicht mehr auf Weisung der Diktatur, sondern vielfach aus eigener Initiative von Krankenschwestern, Pflegern, Ärzten und Ärztinnen. Die in der Aktion T4 ausgebildeten "Spezialisten" für das tausendfache Töten, wurden nun für den Völkermord in den Konzentrationslagern gebraucht und verwendet. Und dennoch fielen der sogenannten "wilden Euthanasie" nochmals mindestens drei Mal so viele Behinderte zum Opfer, nämlich über 200.000 wehrlose Menschen bis zum Ende des "dritten Reiches".

Ich als ehemaliger Krankenpfleger habe oft Scham und Entsetzen darüber empfunden, wie Angehörige der sogenannten helfenden Berufe so vielfach zu Tätern und Täterinnen werden konnten. Dafür gibt es sicherlich viele Gründe, zum Beispiel die fortschreitende Entmenschlichung der Gesellschaft mit der Zunahme des Bombenterrors und der Kriegsgeschehnisse. Aber ich bin sicher, dass nicht Alle die damals Schuld auf sich geladen haben, "grausame Monster" waren. Oft hört man von ehemaligen Krankenschwestern den Satz, der Betreffende hätte ja so entsetzlich gelitten und der Tod sei doch eine Erlösung gewesen. Mord an wehrlosen Schutzbefohlenen als Fürsorglichkeit

getarnt. Die Entscheidung über Leben oder Tod wurde von Professionellen getroffen und nicht von den Menschen über die entschieden wurde. Das Morden endete mit dem "dritten Reich". Aber als Betroffene begegnet uns Behinderten teilweise heute noch eine fragwürdige "Fürsorglichkeit" von "Berufsprofessionellen" die in Institutionen aber auch auf Ämtern Entscheidungen über unser Leben treffen, und das über unseren Kopf hinweg. So wurden und werden vor allem Schwerstbehinderte immer noch vielfach und in Deutschland deutlich häufiger als in vergleichbaren Industrienationen, in Institutionen versorgt, mit dem fürsorglichen Argument, sie könnten dort besser gefördert werden. Das will ich nicht grundsätzlich in Frage stellen, aber in manchen Fällen drängt sich doch die Frage auf, ob das Argument nicht vorgeschoben ist, da eine individuelle Förderung und vor allem die individuelle Pflege von Schwerbehinderten in deren eigener Wohnung deutlich teurer ist als eine Institutionalisierung.

Oder ein anderes Beispiel:

Der Behindertenbeirat hat in diesem Jahr die bezirkliche Umsetzungspraxis des Rechtsanspruchs behinderter Menschen auf das Persönliche Budget untersucht. Neben Betroffenen und Beratungsstellen wurden hierzu auch Vertreter-innen des Sozialamtes nach ihren Erfahrungen und Einschätzungen befragt. Hierbei zeigte sich, dass in der Verwaltung häufig noch eine Haltung dem behinderten Menschen gegenüber anzutreffen ist, die eher bevormundend-fürsorglich ist, und weniger geprägt ist vom Respekt gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht des leistungsberechtigten Bürgers mit Behinderung.

Meine Damen und Herren ich danke Ihnen.